

## **Resolution Teilhabe absichern und ausbauen // Menschenrechte stärken!**

Mit der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat sich Deutschland verpflichtet, die volle und gleichberechtigte Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten. Diese Verpflichtung gilt uneingeschränkt für alle staatlichen und politischen Ebenen. Damit stehen auch die Kommune und der Bezirk in der Verantwortung, Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu verwirklichen.

Wir erleben leider auch in Deutschland eine Spaltung der Gesellschaft mit verhärteten und feindseligen Auseinandersetzungen. Politische Entwicklungen verstärken diese Tendenzen leider noch und bergen die Gefahr, Menschen an die politischen Ränder zu treiben. Dabei erfordern die bestehenden Herausforderungen vielmehr Solidarität und Kompromissbereitschaft. Also ein "Zusammenrücken" oder "zammrüggn". Wie so oft besteht die Gefahr, dass die Auseinandersetzungen als erstes zu Lasten derjenigen gehen, die am wenigsten in der Lage sind, sich durchzusetzen. Als Lebenshilfe besorgt uns deshalb sehr, dass die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen massiv erschwert wird.

In dieser Woche hat auch das bayerische Kabinett angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung beschlossen, bestehende freiwillige Leistungen massiv einzuschränken. Betroffen sind hier konkret das bayerische Landespflegegeld und das so genannte Krippengeld. Aus dem Bezirk Mittelfranken wissen wir, dass dieser - wie alle bayerischen Bezirke - mit gigantischen wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen hat. Und die Eingliederungshilfe ist einer der größten Ausgabeposten für den Bezirk. Angesichts dieser Perspektiven wird an der ein oder anderen Stelle bereits darüber diskutiert, dass auch im Bereich der Eingliederungshilfe, bei der Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen, gespart werden muss.

Angesichts der geschilderten Entwicklungen und der Bestrebungen zur Kosteneinsparung fordert die Lebenshilfe Nürnberg Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen auf, sich weiterhin für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigung einzusetzen. Auch in Zeiten leerer öffentlicher Kassen kann und darf ein zurück zur Maßgabe "sicher, satt, sauber" keine akzeptable Perspektive sein.

Die Mitgliederversammlung der Lebenshilfe Nürnberg unterstützt den Ansatz des Vorstandes, in Vertretung durch seinen Vorstandsvorsitzenden, in nächster Zeit verstärkt an Verantwortliche in Bezirk, Regierung von Mittelfranken, Landtag und Bundestag heran zu treten, um die Sorge der Lebenshilfe Nürnberg zu verdeutlichen, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Teilhabe gesichert und ausgebaut wird. Angesichts der konkret angekündigten Kürzungen des Freistaats Bayern, fordern wir wie von der Staatsregierung angekündigt, eindringlich dazu auf, die freiwerdenden Mittel durch die individuellen Kürzungen in die Stärkung der Strukturen des Sozialstaats zu überführen.

Für den Vorstand

Fabian Meissner  
Vorstandsvorsitzender